

Freitag, 13.03.2026 - 16:00

Resilienz stärken in der Ära der „Zeitenwende“

Kooperationsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Sektion Düsseldorf-Niederrhein (13.3. 16.00 h - 14.3.13.00 h)

Auf Krisen und Konflikte vorbereitet und handlungsfähig sein

16.03.2026 Von Peter E. Uhde

„Resilienz stärken in der Ära der Zeitenwende“: Was wir in unseren Städten und Gemeinden unternehmen können. Zu dieser programmatischen Veranstaltung hatte die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kooperation mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) Sektion Düsseldorf-Niederrhein) ins Landesbüro Nordrhein-Westfalen der KAS in Düsseldorf eingeladen.

Für den Einstieg in die „Zeitenwende“ ist Iris Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau- und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, vorgesehen. Ein Stau auf einer der NRW-Autobahnen macht dies zunichte. Für Ferdinand Geringer, der ohne DB-Verspätung aus Berlin angereist ist, bringt das zusätzliche Sprechzeit. Er ist zusammen mit Johannes Steger Autor des Buches „Deutschland im Ernstfall“. Was passiert, wenn wir angegriffen werden.

Sind wir bereit für die zivil-militärische Zusammenarbeit? Der russische Krieg findet an zwei Fronten statt: zum einen in der Ukraine seit über vier Jahren und zum anderen in Form von hybrider Kriegsführung gegen den Westen. Stichworte hierfür sind Desinformationskampagnen, Cyberangriffe oder Sabotage an kritischer Infrastruktur. Wie ist damit umzugehen und wie kann die persönliche sowie die staatliche Resilienz gestärkt werden? Ein Blick in das Grundgesetz (GG) erläutert den inneren Notstand (Art. 35), den Verteidigungsfall (Art. 115) und den Spannungsfall (Art. 80). Nicht im Grundgesetz geregelt ist der Bündnisfall, der gemäß NATO-Vertrag Artikel 5 bei einem Angriff auf ein Mitglied ausgerufen werden kann.

Dies ist bisher einmal passiert, und zwar nach den Terroranschlägen am 11. September 2001, die sich in diesem September zum 25. Mal jähren. Geringer blickt auch ins Ausland, beispielsweise nach Finnland, Spanien, Schweden und Polen, um zu zeigen, wie dort „Sicherheit mit dem Bürger“ praktiziert wird. Im Gespräch mit den Teilnehmern, haupt- und ehrenamtlich Engagierten aus NRW-Kommunen, wird deutlich, dass durch die lange Friedenszeit Motivation und das Bewusstsein der Bevölkerung für Eigeninitiative nicht besonders ausgeprägt sind. Ein Mentalitätswechsel ist angebracht. Dieser kann mit einer Notfallreserve im eigenen Haushalt beginnen.

Bei einer kleinen Planübung am Abend führt Jörg Dreger die Teilnehmer in eine Krisensituation. Sein Ziel ist, die Reaktionsfähigkeit in den geschilderten Situationen zu erarbeiten. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, die Ruhe zu bewahren, Panik zu vermeiden um

die Lage zu meistern. In mehreren Schritten führt eine virale Stimme uns Teilnehmer vom Stromausfall im Hotel durch die Nacht. Dabei zeigen sich Erfahrungen der Beteiligten aus verschiedenen Krisen. Was zu einem flächendeckenden, unvorhergesehenen Stromausfall, einem sogenannten „Blackout“, führen kann, haben Beispiele im Ahrtal oder in Berlin gezeigt. Handlungs- und Führungsfähigkeit in Krisensituationen zu bewahren, muss immer das Ziel sein. Das war auch hier der Fall: Die Tagungsleitung schaltete das Licht wieder an.

Am nächsten Tag vertiefte Dreger seinen Ansatz, indem er schwerpunktmäßig darauf einging, wie sich Kommunen, Institutionen oder Unternehmen organisatorisch und technisch gegen hybride Angriffe schützen können. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass es Menschen in verantwortlichen Positionen sind, die Gefahren identifizieren, bewerten und Sicherheitslösungen einleiten müssen.

Heike Spieker befasst sich mit der Frage, welche Rolle und Aufgabe das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in der „Zeitenwende“ hat. Die Rotkreuz-Bewegung entstand am 24. Juni 1859 nach der Schlacht bei Solferino (Frankreich gegen Österreich). Das DRK wurde am 25. Januar 1921 in Bamberg als Dachverband der deutschen Rotkreuzvereine gegründet. Es ist föderal aufgebaut und gliedert sich in vier Ebenen: Bundesverband, 19 Landesverbände, ein Verband der Schwesternschaften vom DRK, ca. 500 Kreisverbände und über 4.500 Ortsvereine. Ihre Erläuterungen zum Bevölkerungsschutz, der kein juristisch definierter Rechtsbegriff ist, aber gerne als Oberbegriff für alle Aufgaben und Maßnahmen von Kommunen, Ländern und Bund im Katastrophen- und Zivilschutz benutzt wird, führen zu Verständnisfragen aus dem Teilnehmerkreis zu Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Das DRK gehört im Rahmen der sogenannten Blaulichtorganisationen, die wiederum ein Sammelbegriff für Einsatzkräfte sind, die berechtigt sind, Blaulicht und Folgetonhorn zu nutzen, zu den Hilfsorganisationen. Zu diesen zählen beispielsweise der Malteser Hilfsdienst (MHD), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und das Technische Hilfswerk (THW), das formal eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ist, sowie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger (DGzRS). Das DRK ist mit rund 200.000 hauptamtlichen und 180.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern Deutschlands größte Hilfsorganisation und Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Es ist die einzige Organisation mit gesetzlichem Auftrag im humanitären Völkerrecht.

Das DRK gehört im Rahmen der sogenannten Blaulichtorganisationen, die wiederum ein Sammelbegriff für Einsatzkräfte sind, die berechtigt sind, Blaulicht und Folgetonhorn zu nutzen, zu den Hilfsorganisationen. Zu diesen zählen beispielsweise der Malteser Hilfsdienst (MHD), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und das Technische Hilfswerk (THW), das formal eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ist, sowie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger (DGzRS). Das DRK ist mit rund 200.000 hauptamtlichen und 180.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern Deutschlands größte

Hilfsorganisation und Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Es ist die einzige Organisation mit gesetzlichem Auftrag im humanitären Völkerrecht.

Zusammengefasst war es eine Veranstaltung, in der das eigene „psychologische Immunsystem“ gestärkt wurde, was sicher zur Breitenwirkung in den Tätigkeitsbereichen der Teilnehmer in „unseren Städten und Gemeinden“ beitragen wird.



v. l. n. r. : Ulrike Hospes (KAS), Miroslav Bogojevic (GSP), Heike Spieker (DRK), Jörg Dreger (Dreger Group) --- Foto: GSP/Uhde